

Die städtische Volkspeisung.

Aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Im Mittelpunkt der gestrigen Beratungen der Berliner Stadtverordnetenversammlung stand die Mitteilung des Magistrats von der Erhöhung des Preises für die städtische Volkspeisung (von 40 auf 50 Pf. für die ganze und von 20 auf 25 Pf. für die halbe Portion vom 5. November ab).

Stadtv. Hing e (U. Soz.) wendet sich gegen die Preiserhöhung. Diese werde sicher viele Nutznießer der Massenspeisung verschrecken, dadurch würden sich die Nebenkosten im Verhältnis noch steigern. Im Interesse der Kriegerfamilien, die hauptsächlich an der Massenspeisung teilnehmen, dürften die Preise nicht erhöht werden. Der Redner empfiehlt einen dahingehenden Antrag seiner Freunde. Der Magistrat sei nicht berechtigt, ohne Zustimmung der Versammlung einseitig die Preise zu erhöhen.

Stadtrat D o s l e i n: Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, daß er allein die Preiserhöhung vornehmen kann. Der Preis soll nach dem Gemeindebeschlusse den Selbstkosten entsprechen und deshalb muß der Magistrat befugt sein, mit den Preisen diesen Selbstkosten zu folgen, wie es die Vorlage will. Mit 40 Pfennig werden die Selbstkosten bei weitem nicht gedeckt. Die Verwaltung war stets bemüht, die Speisen schmackhaft und möglichst nahrhaft herzustellen. Bis Ende August sind 33 Millionen Portionen verabreicht worden. Diese Riesearbeit konnte nur bewältigt werden durch die Hingabe und den Pflichteser der vielen meist ehrenamtlich tätigen Arbeitskräfte. Ich benutze gern die Gelegenheit, allen bei der Massenspeisung tätigen Personen den warmsten Dank der Stadt auszusprechen. (Beifall.)

Stadtv. R i t t e r (Soz.): Ich hätte auch gewünscht, daß uns die Vorlage nicht zur Kenntnis, sondern zur Beschlußfassung vorgelegt worden wäre. Wir stimmen dem Antrag zu, wonach von einer Preiserhöhung Abstand genommen werden soll. Dem Dank an die Ehrendamen kann ich mich leider nicht anschließen. Uns sind sehr viele Klagen über deren Benehmen zugegangen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Auch in der Organisation der Sache scheinen große Mängel zu bestehen. (Beifall h. d. Soz.)

Stadtv. U n g e r (L.) unterstreicht besonders den Ausdruck des Dankes für die Helferinnen bei der Massenspeisung und tritt für die Magistratsvorlage ein. Die Aufrechterhaltung der alten Portionspreise trotz der höheren Selbstkosten würde der Einrichtung den Stempel der Wohlthat ausdrücken, was vermieden werden sollte. (Sehr richtig!) Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab.

Stadtrat D o s l e i n nimmt die ehrenamtlichen Helferinnen entchieden gegen die Vorwürfe des Stadtv. Ritter in Schutz. Wenn die Damen über jedes unangemessene Verhalten des Publikums Beschwerde führen wollten, dann würden wir wahrscheinlich bald keine ehrenamtlichen Hilfskräfte mehr haben. (Beifall.)

Stadtv. T h i e m e (Fr. Fr.): Wir sind mit der Magistratsvorlage einverstanden. Sie entspricht einfach dem auch von der Stadtverordnetenversammlung aufgestellten Grundsatz, daß die Massenspeisung nicht den Charakter einer Unterstützung tragen soll. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. (Beifall.)

Stadtv. H i n g e (U. Soz.): Die Reden des Magistrats und der bürokratischen Stadtverordneten zeigen aufs krasseste, wie sie für die ärmere Bevölkerung Berlins sorgen wollen. (Unruhe — Aufseher: „Unerhört!“ — „Unglaublich!“)

Ein Antrag auf Ausschußberatung wird abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag. Der Magistratsvorlage stimmt die Versammlung zu.

Für die Kosten der Einrichtung der städtischen Volkspeisung, für die i. Z. vorläufig 2 Millionen M. zur Verfügung gestellt worden waren, beantragt der Magistrat die Nachbewilligung von 468 100 M. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Der Einziehung der beiden Gemeindefschulen Lange Str. 76 und Bernauer Str. 89/90 stimmt die Versammlung zu, ebenso dem Borentwurf für Neubau der Obst- und Gemüsegroßmarkthalle Beusselstraße, wofür Stadtv. Seel (L.) den Ausschußbericht erstattet. Im Haushalt der städtischen Elektrizitätswerke Berlin sind in den beiden letzten Geschäftsjahren Ueberschreitungen im Gesamtbetrage von 4 811 025 M. eingetreten. Die Versammlung erklärt sich damit

einverstanden. Nach kurzer Erörterung wird die Forderung des Magistrats, zur Festsetzung des Betriebes der Kriegsbeschädigtenfürsorge ihm weitere 200 000 M. zur Verfügung zu stellen, bewilligt.

Die Verkehrssteuerung beschäftigt zum Schluß die Versammlung. Stadtv. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) begründet einen Antrag seiner Freunde, der den Magistrat auffordert, namens der Stadt Berlin zur Aufhebung der jüngsten Verteuerung des Eisenbahnverkehrs die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Diese Verteuerung konnte gar nicht bürokratischer und plutokratischer erdacht werden.

Stadtv. D o v e (L.): Meine Freunde sind nicht in der Lage, dem Antrage zuzustimmen. Es handelt sich um eine allgemeine Kriegsmaßnahme, die nicht speziell nur gegen die Städte gerichtet ist. An sich erscheint eine Einschränkung des Eisenbahnverkehrs geboten auch im Interesse der städtischen Lebensmittelversorgung. Wir als Einzelstadt haben keine Veranlassung, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. (Beifall.) Stadtv. M o m m s e n (Fr. Fr.) schließt sich im wesentlichen dem Vorredner an.

Nach einem Schlußwort des Stadtv. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) wird der Antrag abgelehnt.